

Werner Schniedermann

Der lange Weg der „Erklärung von Münster“ zum katholisches Netzwerk

Einführung und Zusammenfassung

Am 18. Sonntag im Jahreskreis hörten wir weltweit gemäß der katholischen Leseordnung die bekannten biblischen Schrifttexte über vergängliche, irdische, materielle Schätze und und geistige, beständige Schätze bei Gott und in uns, die dem Leben Sinn und Richtung geben. Papst Leo XIII auf dem Weltjugendtag und der örtliche Pfarrer in Everswinkel, dem Ort der Entstehung der Kolping-Initiative „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ haben dazu ausgelegt: ein solcher, unvergänglicher Schatz kann klein aber wertvoll sein, zum Beispiel das Streben nach einer inneren Grundhaltung, um **vom ICH zum DU und WIR** zu kommen. Christliches Handeln macht das am Konkreten fest, zum Beispiel sich **um Menschen zu kümmern, die in Not geraten**, wie um die 7 Millionen hart arbeitenden Menschen im meist tariflosen Niedriglohnsektor vor allem in Dienstleistungsbranchen, die in Armut geraten und die der Staat dann auffangen soll. Dabei geht es auch um fairen Wettbewerb für Unternehmen, die vor Lohndumpen geschützt werden sollten, vor allem aber um gesellschaftlichen Frieden gegen beginnende Radikalisierung. Dazu haben wir einem langen Weg der Konsensfindung zu einem katholischen Netzwerk in der „Erklärung von Münster“ hinter uns gebracht.

Das WIR in der Sozialpartnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, hegt den Einfluss des Staates ein. Sie ist eine Verantwortungsgemeinschaft, die Interessenausgleich bei der Lohnfindung zu schaffen hat durch autonome Tarifverhandlung, die die Eingriffe des Staates, wie etwa beim systemwidrigen Mindestlohn, zurückdrängen. Bei einer funktionierenden Sozialpartnerschaft hat der Staat sich auf rein regulatorische Leitplanken zu beschränken, die zum Beispiel Missbrauch durch Lohndumping und Trittbrettfahrerei unterbindet.

Die Sozialpartnerschaft ist eine Säule der Sozialen Marktwirtschaft, die Deutschland ohne direkte Mitwirkung des Staates Wohlfahrt und sozialen Frieden gebracht, ein wesentlicher Standortfaktor. Bricht sie weg, sind massive Verteilungskämpfe zu erwarten mit unregelmäßigen Streikwellen und wahrscheinlich dramatischen Folgen für unser demokratisches System. Das vormals funktionierende deutsche Vorbild wurde in unterschiedlicher Weise von unseren Nachbarländern übernommen.

Die EU fordert 80% Tarifbindung. Sonst sind nationale Aktionspläne zu erstellen. Deutschland muss also sowie o handeln. Wie Sozialpartnerschaft und Tarifbindung gestärkt werden sollen ist Sache der Politik, auf die wir aber **Einfluss nehmen** wollen, damit zum Beispiel keine Bürokratiemonster entstehen. Wir erzielen nur Wirkung, wenn **WIR** geschlossen aufzutreten. **Dazu hat es einen jahrelangen Prozess der Kompromissfindung innerhalb und unter den katholischen Verbänden gegeben. Das entstanden katholische Netzwerk schafft Rückhalt und Gewicht, um verstärkt auf die Politik zuzugehen.**

Lob und Anerkennung von Politikern

Von katholischen Ministern und Bundestagsabgeordneten der CDU erhielten wir sehr erste anerkennende Reaktionen, weil es katholischen Unternehmer- und Sozialverbänden gelungen sei, in einer komplexen, sozialpolitischen Frage eine gemeinsame,

interessenübergreifende Position zu formulieren, obwohl oder gerade weil es im Katholizismus sehr unterschiedliche Strömungen gibt aus unterschiedlichen Lebenswelten. Der Weg zu einem solchen brückenschlagenden katholischen Netzwerk, dass sich in der "Erklärung von Münster" widerspiegelt, war lang und mühsam.

Beispiele für wettbewerbsverzerrende Tariffucht, Explosion des Niedriglohnssektors und die Folgen

„Die Erklärung von Münster“ geht zurück auf eine Basisinitiative der Kolpingfamilie **Everswinkel bei Münster „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“** aus dem Jahr 2011. Konkrete Anlässe waren die menschenverachtenden Arbeitsbedingungen in der benachbarten Fleischindustrie, die Vergabe an nicht tarifzahlende Wettbewerber bei Qualifizierungsmaßnahmen ausgerechnet durch die Arbeitsagentur und Vergabe von Busleistungen an private Unternehmer.

Damals schrieben wir mit diesen drei Beispielen die heimischen Bundestags- und Landtagsabgeordneten an. Die Reaktionen der Abgeordneten waren freundlich und führten zu nichts; die Berichterstattung in den Medien war gleich Null. Das änderte sich erst in der **Fleischindustrie**, als die erhöhte Ansteckungsgefahr durch Corona, beschleunigt durch miserablen Arbeits- und Unterkunftsbedingungen, das Gefahrenpotential für die umgebende Bevölkerung erhöhte. Man hatte Angst um sich selbst aber keine Empathie für die dort Arbeitenden. Inzwischen gibt es Verbesserungen; es wird (hoffentlich) Mindestlohn gezahlt. Dieser liegt aber 50% unter dem Schwerstarbeitslohn des Tarifes und wird nur von östlichsten Osteuropäern akzeptiert, deren Wohnorte zur Zeit ausbluten und die sicher sich besser entwickeln könnten, wenn die hier arbeiteten höhere Beträge aufgrund eines Tariflohns in ihre Heimat überweisen könnte. Die Gastarbeiter der sechziger und siebziger Jahre wurde nicht so schäbig behandelt; sie erhielten Tariflohn, konnten hier gut leben und überwiesen beträchtliche Summen in ihre Heimat. Kleinere Schlachthöfe wurden aus dem Markt gedrängt. Die Dänen erwarben Schlachthöfe in Norddeutschland, um ihre Schweine lebend in das Niedriglohnland Deutschland zu transportieren. Dieses System ist weder für Mensch noch Tier akzeptabel.

Die **Weiterbildungseinrichtungen** zur Qualifizierung von Arbeitslosen, wie die außerordentlich erfolgreiche Kreishandwerkerschaften verloren, wie andere aus dem kirchlichen und gewerkschaftlichen Bereich ihre Aufträge von der Arbeitsagentur. Wer dort zuvor 3.600€ verdiente, konnte beim lohndumpenden, erfolgreichen Wettbewerber für 2.400€ wieder anfangen.

Im **Busverkehr** in Westfalen konnte ich in einer Schlammschacht als Sprecher mittelständischer Busunternehmen 40 tarifzahlenden, privaten Busunternehmen mit 500 Bussen und 1000 Mitarbeitern ihre Existenz gegen lohndumpende (Groß-)unternehmen sichern, weil ich einige wenige, aber kämpferische Politiker überzeugen konnte, die Vergaben an Tarifbindung zu knüpfen. Das war rechtlich durchaus problematisch, weil im Vergaberecht gesetzliche Leitplanken zur Tarifbindung fehlten.

Als CEO verschiedener Bus-, Bahn- und Flughafenunternehmen war ich in den entsprechenden Arbeitgeberverbänden. Dort erlebte ich, wie als Reflex auf die in den Markt drängende oder expandierende Unternehmen mit dem Geschäftsmodell Tariffucht die **Tariflandschaft zerfledderte**, Damals wurde der Grundstein für die heutigen **Streikwellen** gelegt. Ohne Regelung für Tarifbindung mit Friedenspflichten und eine in

diesem Sinne Codifizierung des Streikrechts werden diese Streikwellen wieder anrollen. Für die Gewerkschaften reduzieren sich durch die Zerschlagung der Tarifeinheit in Branchen und Betrieben die Risiken eines Streikes erheblich.

Auch **kirchliche Einrichtungen** kommen immer stärker gegenüber Mitbewerbern und damit gegenüber den Kranken- und Pflegekassen unter Druck, wenn sie über den Dritten Weg quasi nach öffentlichem Tarif zahlen, wie ich als Mitglied im Verwaltungsrat der Diözese Münster erfahren konnte.

Auch außerhalb paraöffentlichen Branchen gibt es vergleichbare Entwicklungen, vor allem bei **Dienstleistungen Handel, Logistik** (LKW-Fahrer!). Auf Nachfrage unserer Initiative teilte uns zu Beispiel REWE mit, dass sie auch wieder nach Tarif zahlen würden, wenn Wettbewerber das auch täten. Im Lebensmittelhandel sind nach Oligopolbildung und Corona die Gewinne erheblich gestiegen, sodass die Löhne dort inzwischen gestiegen sind. Aber eine solide, dauerhafte auch Krisen überstehende Sozialpartnerschaft sollte nicht Wetterlage praktiziert werden, wo mal die eine mal die andere Seite erheblich unter Druck gerät.

Die funktionierende **Sozialpartnerschaft** hat in den vergangenen Jahrzehnten sozialen Frieden gebracht, ist ein wichtiger **Standortfaktor**, der Deutschland stark gemacht hat und um den uns unsere Nachbarländer beneidet haben..

Zusammenfassend kann man feststellen, dass die von der BertelsmannStiftung mit einem besonderen warnenden Hinweis auf die Pflegebranche bereits 2015 festgestellte und aktuell durch die Daten des Statistischen Bundesamtes belegte **Tarifbindung von 65 auf 21%** bei den Unternehmen und von 70 auf 48% bei den Arbeitnehmern nicht so sehr in der exportorientierten Wirtschaft, bei Gewerbe und Handwerk gesunken ist, sondern in den häufig innerdeutschen, vormals öffentlichen Dienstleistungsbereichen oder beim Eindringen globaler Handels- und TEC-Konzerne praktiziert wird.

Inzwischen arbeiten je nach Definition **7 bis 10 Millionen im Niedriglohnsektor** mit schwerwiegenden Folgen in Bezug auf **Armut, Rente und steigenden Belastungen der Sozialkassen. Tariflöhne entlasten den Staatshaushalt** durch derzeit höhere Einzahlungen, die erst nach den Babyboomern höhere Ansprüche auslösen. Das komplexe Gefüge zwischen auskömmlichem Löhnen, Renten und zu vermeidenden explodierenden Staatsleistungen aus Steuermitteln ist gesamthaft in seinen kommunizierenden Röhren zu analysieren, zu stabilisieren und weiter zu entwickeln (Beispiele Schweiz und Dänemark). Als Volkswirt mit dem Studienschwerpunkt „Geldkreislauf“ argumentiere ich gelegentlich etwas polemisch, um es auf den Punkt zu bringen: die Aufstockung von Einkommen und Renten aus Steuermitteln des Staates ist eine nachträgliche Subventionierung der Wirtschaft. Das ist zukunftsbelastend, denn nach dieser Geldkreislauftheorie sind Schulden des Staates noch nicht bezahlte Steuern der Bürger, in diesem Fall kommender Generationen.

Katholische Soziallehre: der fast in Vergessenheit geratene dritte Weg zwischen Neoliberalismus und Sozialismus

In Zeiten, wo nationale, Gruppen- und persönliche Egoismen zunehmend das Handeln bestimmen, die Spannungen zwischen den Machtblöcken und Ländern, die Verteilungskämpfe in der Gesellschaft sich verschärfen, bedarf einerseits es eines **ethischen Rüstzeugs, dass auf Ausgleich der Interessen** und dem Streben nach

Gerechtigkeit angelegt ist und andererseits die Nöte von Menschen wahrnimmt, zum Beispiel bei hart arbeitenden Menschen, die keine auskömmlichen Löhne erhalten. Im Ansatz gute Ideen, die im Tunnel der eigenen Sichtweisen und Interessen steckenbleiben, werden zur **Ideologien**, die in ihrer Beschränktheit die zu lösenden Probleme nur verschärfen - das gilt sowohl für **neoliberales Gedankengut**, das die „unsichtbare Hand des Marktes“ zur Religion erhebt und deshalb keine Fairnessregeln braucht - meist als konservativ getarnt. Das gilt auch für **sozialistisches Gedankengut**, dass die von der Menschenwürde abgeleitete Gleichheit im Sinne von Gleichwertigkeit häufig mit Gleichmacherei verwechselt.

Die Sorge um das Wohl aller Menschen, Befriedung durch Ausgleich von Spannungen ist in der DNA des Christentums angelegt. Es kann Friedens- und Zukunftsreligion sein, wenn wir „Reben am Weinstock Christi“ bleiben und in seinem Geiste handeln.

Auf diesen geistigen Wurzeln gründet die **Katholische Soziallehre** mit den Prinzipien:

- Personalität: Würde, aber auch Eigenverantwortlichkeit des Menschen
- Solidarität und Gemeinwohl
- Subsidiarität: Hilfe zur Selbsthilfe
- Nachhaltigkeit: Verantwortung für die Chancen kommender Generationen

Sie unterscheidet sich von kommunistischen oder sozialistischen Menschen- und Gesellschaftsbildern, die zu sehr auf Gleichschaltung und Umverteilung setzen.

Die Katholische Soziallehre fußt im Konkreten auf zwei Säulen:

1. Individuelle Hilfe für in Not Geratene
2. Eigenverantwortung, gestützt auf systematische Gerechtigkeit durch wertebasierte Regeln und Gesetze, die soziale Schief lagen erst gar nicht entstehen lassen.

Damit unterscheidet sie sich von der Ideologie eines entfesselten Raubtierkapitalismus, der die Notwendigkeit solcher regulativer Vorsorge klein redet.

Es scheint so, dass das Wesen und diese Prinzipien der Katholischen Soziallehre selbst bei vielen „guten“ und engagierten Katholiken nicht bekannt sind. Dabei war der in Sozialfragen sich auch politisch „kümmernde“ Katholizismus eine seiner Kernkompetenzen. Der ehemalige wissenschaftliche Berater des BKU und Mitglied im Arbeitskreis „Soziale Ordnung“, **Professor André Habisch**, beschreibt in seinem Aufsatz „**The best kept secret of christian wisdom: How christian entrepreneurs triggered the emergence of Modern Catholic Sozial Tradition in Europe**, Heilbronner Hefte“ die Entstehung und Wirkkraft der Katholischen Soziallehre:

- die Verwurzelung in der bereits in der Bibel belegten **jüdisch/christlichen Sozialethik**,
- die theologische und praktische Präzisierung (auskömmliche Löhne!) LeoXIII in der Enzyklika „**rerum novarum**“ in Zeiten großer wirtschaftlicher und sozialer Umwälzungen des 19. Jahrhunderts, die LeoXIV offensichtlich wieder aufnimmt,
- die **Netzwerkbildung zur Sozialpartnerschaft im katholischen Milieu** im 19. und 20. Jahrhundert, initiiert von rheinischen Unternehmern (Franz Brandts) von Klerus, Unternehmer- und Sozialverbänden zur politischen Mitgestaltung in Deutschland
- die **konkrete politische Wirkkraft** dieses Netzwerkes auch in sozialpolitischen Fragen, zum Beispiel die Tarifbindung, eine Erfindung dieses katholischen Milieus in der Weimarer Republik, mitgestaltet vom „Volksverein für das katholische Deutschland“, gegründet von Franz Hitze (Priester und erster Lehrstuhlinhaber für „Christliche Sozialethik“ an der Universität Münster), umgesetzt von Heinrich Brauns (Priester und langjähriger Arbeitsminister des katholischen Zentrums)

Diese Gestaltungskraft der Katholischen Soziallehre und ihrer Vertreter würdigte der Bundespräsident in seiner Rede auf dem Katholikentag in Erfurt und forderte auf, daran anzuknüpfen.

Eine ausführliche Zusammenfassung des Aufsatzes von Professor Habisch, Äußerungen von Papst Benedikt XVI und Franziskus zum Thema, gesellschaftliche und politische Einordnungen vor allem zur Gefährdung der Demokratie, wenn interessenübergreifende Ausgleiche nicht gelingen, findet sich in meinem beigefügten Aufsatz (befindet sich noch im Entwurfstadium):

Katholische Soziallehre:

**einst Ideengeber für die Soziale Marktwirtschaft
und Impfstoff gegen Radikalisierung - und jetzt?**

In eine ähnliche Richtung geht das Skript meiner Rede auf der Bundesversammlung 2024 in Benediktbeuern, ebenfalls beigefügt

funktionierende Sozialpartnerschaft bedeutet weniger Staat

Auf den Prinzipien der Katholischen Soziallehre und in der Tradition ihrer konkreten Wirkung beruht das Engagement des BKU zur Stärkung der Sozialpartnerschaft und Tarifbindung als konsequente Folge.

Sie ist nicht marxistisch, entspringt nicht dem sozialistischen Mainstream, sondern ist der dritte Weg zwischen Turbokapitalis und Sozialismus. Die Tarifbindung wurde nach dem Krieg von den Nachbarländern übernommen, in Deutschland verwässert. Politischer Handlungsbedarf ist ohne hin gegeben; die **EU fordert nationale Aktionspläne, wenn die Tarifbindung unter 80%**. Deswegen besteht dringender Renovierungsbedarf zur Stärkung. Die Mitwirkung daran ist dringend geboten, damit der Gesetzgeber nicht realitätsfern Lösungen festsetzt (Bürokratiemonster)

Eine funktionierende Sozialpartnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bedeutet „weniger Staat“. Sie stärkt die **Tarifautonomie**, wenn sie praktiziert wird. Die Bedeutung des systemwidrigen Mindestlohns wird zurück gedrängt.

Aus Sicht des BKU gehören zur Stärkung der Sozialpartnerschaft weitere Reformen, die nicht Gegenstand der „Erklärung von Münster“ sind:

- die Eröffnung von Spielräumen durch den Gesetzgeber zur **Flexibilisierung der Lebens-, Wochen_und Tagesarbeitszeiten**
- die **Codierung des Streikrechts**

Der lange Weg zum Netzwerk der „Erklärung von Münster“ - über Konsensbildung

Nachdem die regionalen Bundes- und Landespolitiker die lokale Everswinkler Initiative „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in Watte laufen liessen und sich nichts bewegte, wühlte die Initiative sich im **Kolpingwerk** über die Diözesan- und Landesebene bis auf die Bundesebene hoch. Es folgte ein einstimmiger Beschluss der Bundesversammlung, die Problematik in die Bundespolitik einzuspielen.

Auf **Diözesanebene** schlossen wir uns mit der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (**KAB**) und der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (**KFD**) zusammen. Im Wahlkampf 2021 lud wir die Sozialpolitiker im Bundestag zu einem politischen Abendforum in die Sozialakademie Franz-Hitze Haus des Bistums Münster unter der Schirmherrschaft von Bischof Genn ein. Es entstand daraus die „Erklärung von Münster zur Lohngerechtigkeit“. Die damals gegebenen Zusagen auch von Arbeitsminister Heil wurden in der Ampelkoalition nicht umgesetzt.

Parallel dazu wurde ich Mitglied im **Arbeitskreis „Soziale Ordnung“ des BKU**, in dem die „Erklärung von Münster“. Als Mitglied in mehreren Arbeitgeberverbänden, CEO, Vorstand, Geschäftsführer verschiedener Flughäfen, Bus- und Bahngesellschaften und nach meinem Ausscheiden als Sprecher einer mittelständischen Arbeitsgemeinschaft privater Busunternehmen und als ehemaliges Mitglied im Diözesancaritasverband konnte ich über die desaströsen Wirkungen der Tariffucht berichten. In Gesprächen mit der KAB wurde der Kompromiss erzielt, dass der BKU in den anstehenden gemeinsamen politischen Gesprächen weitere Arbeitsmarktreformen wie Arbeitszeitflexibilisierung und Codifizierung des Streikrechts einbringt, die von den anderen katholischen Verbänden nicht mitgetragen wurden. BKU und KAB konnten das **ZdK** überzeugen, der „Erklärung von Münster“ beizutreten, ohne den Forderungskatalog nochmals aufzuschnüren. Damit stehen die wichtigsten katholischen Verbände hinter der „Erklärung von Münster“.

Es geht weiter

Wir werden nunmehr auch Gespräche mit der **Caritas aufnehmen, um den „Dritten Weg der Kirchen“ zur Tariffindung abzusichern.**

Kontakte zu Mitgliedern der Kommission VI „soziale und gesellschaftliche Fragen“ der **Deutschen Bischofskonferenz** bestehen seit langem. Kardinal Marx, Bischof Oberbeck und der jetzige Vorsitzende der Bischof Hilmer hatten mir empfohlen, zunächst die Verbände zusammenzuführen, was nunmehr nach 14 Jahren gelungen ist.

Je geschlossener wir Katholiken auftreten, um so größere Wirkung können wir entfalten.

Anlagen

Positionspapier und Medieninfo

Erklärung von Münster

Aufsatz „Katholische Soziallehre...“

Rede Benediktbeuern